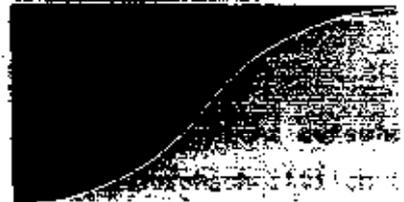


Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

Kurt Mattick MdB wertet
den Stand der innerdeut-
schen Handelsbeziehungen
überwiegend positiv.

Seite 1-3

Günther Wuttke MdB zieht
eine Zwischenbilanz zum
Telefon-Zeittakt.

Seite 4/5

Claus Grobecker MdB
angreift die Haltung
der Verleger im Tarif-
konflikt der Druckin-
dustrie.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Presse Dienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 54

17. März 1978

Für Schlagzeilen ungeeignet

Innerdeutscher Handel und Leipziger Messe

Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen
des Deutschen Bundestages

Wer früher einen Intershop-Laden in der DDR betrat, fand dort die Preise in Dollars ausgezeichnet, obwohl der Umsatz in DM rollte. Dem Personal und dem Kunden wurde die lästige Umrechnungsprozedur zugemutet, weil man nicht offen zugeben wollte, zugeben zu können glaubte, daß hier ein ganz besonderes und intensives Feld innerdeutscher Wirtschaftsbeziehungen existierte.

Die DDR-Führung hat viele innen- und außenpolitische Gründe, die Intensität ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik nicht übermäßig zu plakatieren. Beispiele dafür: Bei Leipzig arbeiten 2.000 Monteure aus der Bundesrepublik an einem Großprojekt, ohne daß die Öffentlichkeit viel erfährt. Das Golf-Geschäft wurde zunächst aus dem westlichen Fernsehen bekannt.

Man wird auch im "Neuen Deutschland" vergeblich in den Berichten über die Leipziger Messe nach Schlagzeilen über die Bundesrepublik suchen, obwohl sie der größte Aussteller nach der DDR ist. Manchmal taucht im Text irgendwo hinter Japan die Bundesrepublik auf. Was dort steht, läßt hin und wieder den interessierten Leser aufhorchen. Da findet sich dann in einem Abschnitt von fast 200 Zeilen unter der Überschrift "Viele Abkommen zum gegenseitigen Vorteil" die Meldung von möglicher Zusammenarbeit mit der Thyssen-AG und anderen Firmen auf dritten Märkten. Da passiert es aber auch, daß man einigen Firmen aus Berlin-West auf den Messe-Ständen das "D" in der Adresse streitig machen will. Doch ehe noch die Schlagzeilen im Westen zu groß werden - nach einer wenig geräuschvollen Intervention der Ständigen Vertretung der

Bundesrepublik in Ost-Berlin - war dann alles ein Irrtum. Schlagzeilen sind im Handel mit der Bundesrepublik nicht erwünscht.

Nun, die Entwicklung des innerdeutschen Handels ist gegenwärtig auch nicht aufsehen-erregend. Seine Zuwachsraten - in den Jahren 1970 bis 1976 noch durchschnittlich 8,5 Prozent - sind auf 3,1 Prozent zurückgegangen. Von 1976 8,408 Milliarden Verrechnungseinheiten (VE) ist er 1977 auf insgesamt 8,666 Milliarden VE gestiegen. Deutschland-politische Gründe hat diese verlangsamte Entwicklung sicher nicht. Der Handel mit den übrigen Staatshandelsländern ist sogar um 1,3 Prozent gesunken. Die innerdeutschen Handelsbeziehungen erweisen sich dagegen als relativ solide und stabil. Der Anteil Berlins an diesem Handel wächst, und das ist gut so.

Der innerdeutsche Wirtschaftsraum ist so verflochten, die wirtschaftliche Interdependenz zwischen beiden deutschen Staaten ist so groß, daß die DDR die unbefriedigende Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik zu spüren bekommt. So mußte die DDR z.B. wegen der schwierigen Situation auf unserem Absatzmarkt einen Rückgang ihrer Lieferungen um 34 Millionen VE bei land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen hinnehmen. Da die Lage auf unserem Möbelmarkt relativ günstig war, stiegen die DDR-Lieferungen bei Holzwaren um 21 Millionen VE. Die Entwicklung auf der Bezugsseite und auf der Lieferseite ist nach Branchen sehr unterschiedlich. Der noch relativ günstige Verlauf der Lieferungen der Bundesrepublik im Bereich Maschinenbau und elektrotechnische Industrie ist u.a. auf schon 1975 vereinbarte Großanlagengeschäfte zurückzuführen.

Es mag auch eine ungewohnte und ungeliebte Nachricht sein, wenn man hört, daß die DDR-Käufe bei Eisen und Stahl um 90 Millionen VE zurückgegangen sind, weil die DDR billigere Lieferanten gefunden hat. Die Kapazität der chemischen Industrie in der DDR ist so ausgebaut worden, daß Lieferungen aus der Bundesrepublik in diesem Sektor nicht mehr so notwendig sind und daher eingeschränkt werden. Hoffen wir, daß die Steigerung der Leistungskraft den Menschen in der DDR zugute kommt. Gegenwärtig hat man jedenfalls den Eindruck, daß die politische Führung der Versorgung der Bevölkerung größere Bedeutung beimessen muß.

Natürlich gibt es im innerdeutschen Handel auch Anlaß zur Kritik und Anlaß zu Wünschen. Da sind z.B. die Kompensationsgeschäfte, die aber - so habe ich manchmal den Eindruck - von der Presse mehr kritisiert werden als von der Wirtschaft. Jedenfalls

gibt es eine Reihe von Unternehmen, die diese Geschäfte gern tätigen. Aber wir müssen diejenigen in der DDR, denen an einer Entwicklung des Handels mit der Bundesrepublik liegt, mit Nachdruck darauf hinweisen, daß durch solche Dinge der Handel zwischen so unterschiedlichen Wirtschaftssystemen nicht beflügelt werden kann.

Übrigens klagt auch die DDR. Das Ostberliner Institut für Politik und Wirtschaft (IPW) veröffentlicht eine lange Liste von handelshemmenden Praktiken in den Beziehungen zwischen Ost und West. Die meisten Vorwürfe betreffen übrigens nicht den innerdeutschen Handel.

Wir sollten nicht über alle diese Reklamationen einfach hinweggehen, sondern da, wo sie sich bei einer Prüfung als begründet erweisen, eine Besserung anstreben. Beschwerden über staatliche Lenkungsmaßnahmen wie Zölle und Kontingente aus dem Lager der Staatshandelsländer, die zentral über alle Geld- und Warenströme befinden, klingen mir allerdings wie die Klage eines Alkoholikers über die mangelnde Enthaltensamkeit eines Abstinenzlers.

Der Handel hat politische Bedeutung ersten Ranges. Er eignet sich aber überhaupt nicht, da er ein Geschäft auf Gegenseitigkeit ist, als Feld politischer Auseinandersetzungen. Die Oppositionspolitiker, die glauben, Schlagzeilen mit der großspurigen Forderung nach wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die DDR machen zu müssen, sollten sich vorher, bitte vorher, mit den Leuten unterhalten, die dieses nicht leichte Handelsgeschäft täglich betreiben.

Schlagzeilen brauchen wir nicht. Ein kleiner 15-zeiliger Einspalter mit der Überschrift "Krupp kooperiert mit DDR in Äthiopien", wie er in diesen Tagen erschienen ist, genügt mir völlig. Es hat sich auch erwiesen, daß wir in den übrigen innerdeutschen Beziehungen mit Diskretion und weniger Schlagzeilen manchmal weiterkommen.

(-/17.3.1978/ks/10)

+ + +

Grünes Licht für die Einführung von Fernsprechnahbereichen

Von Günther Wuttke MdB

Mitglied des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen und
des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost

Die Versuche über die Einführung von Fernsprechnahbereichen sind am 15. März 1978 ausgelaufen. Man kann schon jetzt sagen, daß das Ergebnis durchaus positiv ist und auch ein Zeittakt von acht Minuten von den Fernsprechteilnehmern angenommen wurde. Zu Beginn der Versuche wurde - insbesondere von Bewohnern der Großstädte - gegen die Einführung eines Zeittakts Sturm gelaufen. Dabei haben sich auch einige eine soziale Argumentation zu eigen gemacht, nach der die älteren, sozial schwächeren Mitbürger ein besonderes Bedürfnis für sehr lange Gespräche haben und diese Gespräche besonders verteuert würden. In diesem Zusammenhang vergaß man, daß ältere Mitbürger nicht nur in Großstädten wohnen und die vielen anderen durch die Nahbereiche eine spürbare Entlastung erfahren. So, wie diese Behauptung, daß gerade ältere Mitbürger benachteiligt würden, sind im Verlauf der Versuche viele andere Pauschalbehauptungen widerlegt worden.

Während auf den Nebenschauplätzen der Auseinandersetzungen noch hart gerungen wurde, gab es in den sechs Probestbereichen (Aichach, Fulda, Hilders, Moosburg, Regensburg und Überlingen) kaum noch Widerspruch. Heute ist festzustellen, daß sich nach den Erhebungen in den Versuchsbereichen mehr als 92 Prozent der Fernsprechteilnehmer für die Einführung der Nahbereiche aussprechen; die restlichen Befragten haben keine Meinung oder haben persönliche Wünsche wie z.B. andere Bereichsgrenzen, Einbeziehung der Kreisstadt in die Nahbereiche usw... Allein schon durch das Untersuchungsergebnis sind auch die Einwände der Oppositionspolitiker von CDU/CSU widerlegt.

Die Anträge der Fraktionen der Regierungskoalition haben Berücksichtigung gefunden. So wird es sicher eine Sonderregelung für Grenz- und Küstengebiete geben. Die endgültige Entscheidung über eine Erweiterung des Zeittaktes in der verkehrsschwachen

Zeit wird noch getroffen werden; man kann davon ausgehen, daß auch hier noch eine Verbesserung eintritt. Die getroffenen Lösungen für die Telefonseelsorge und den Polizeinotruf sind kein Hindernis für die Einführung des Zeittaktes.

Grünes Licht also für die Einführung der Fernsprechnahbereiche! Sie werden eine größere Tarifgerechtigkeit zwischen Stadt und Land schaffen. Die Bewohner des flachen Landes können durch eine Vergrößerung der Ortsgebührenbereiche weitaus mehr Teilnehmer zu niedrigeren Gebühren erreichen als bisher. Ebenso die vielen Fernsprechteilnehmer in Großstadtnähe, die dann zur Ortsgesprächsgebühr die benachbarte Großstadt erreichen können. Der Fernsprechteilnehmer aus Nidderau (Hessen), der bisher im Ortsnetz 4.821 Fernsprechteilnehmer zur Ortsgebühr erreichen konnte, wird künftig zur gleichen Gebühr - allerdings mit Zeittakt - im Nahbereich 424.998 Teilnehmer anwählen können. Der hier aufgezeigte Fall ist noch nicht der günstigste, denn dieser liegt im Hamburger Raum (Zuwachs etwa 880 Prozent).

Und wer von Benachteiligung der Großstädter spricht, soll wissen, daß z.B. der Fernsprechteilnehmer gegenüber dem jetzigen Ortsnetz Stuttgart im künftigen Nahbereich einen Zuwachs von 105,3 Prozent zu erwarten hat. Wer kann da noch von Benachteiligung sprechen?

Vor allem lösen die Nahbereiche die durch die Gemeinde- und Gebietsreform aufgetretenen Probleme. So mußte z.B. vielfach festgestellt werden, daß innerhalb einer Großgemeinde Ferngespräche geführt werden müssen, weil Teile der Gemeinde verschiedenen Ortsnetzen zugeordnet sind. Das wird es künftig nicht mehr geben, der Nahbereich hebt diese Grenzen auf.

So kann festgestellt werden:

- Die Einführung der Fernsprechnahbereiche bedeutet für das Fernsprechwesen einen großen Schritt nach vorn. Das Teilziel ist erreicht. Aber es ist nicht das Ziel, Nahbereiche für alle Zukunft beizubehalten, sondern Ziel ist es, diese Bereiche Schritt für Schritt auszuweiten. Das Kriterium wird dabei niemals die Entfernung, sondern die Zeitdauer der Gespräche sein.
- Die Investitionen werden sich lohnen, nicht nur für die Post, sondern mehr für den Bürger.

Deshalb bleibt zu hoffen, daß die Auswertung der Versuche zügig vorgenommen wird, damit die Nahbereiche möglichst bald eingerichtet werden können. (-/17.3.1978/ks/10)

Verleger gehen leichtfertig mit Grundrechten um

Zum Tarifkonflikt in der Druckindustrie

Von Claus Grobecker MdB

Vorsitzender des Bezirks Bremen der IG Druck und Papier

Eine erhebliche Gefährdung unseres sozialen Friedens geht angeblich vom derzeitigen Tarifkonflikt in der Druckindustrie aus. Die Gewerkschaft Druck und Papier trete mit ihrer hartnäckigen Haltung das Recht des Bürgers auf freie Information mit Füßen, heißt es. Ja, es sei zu überlegen, ob der Staat nicht irgendwelche Möglichkeiten besitze, die aufmüpfigen Drucker wieder an ihre Arbeitsplätze zu zwingen.

Dies ist der Tenor, mit dem die veröffentlichte Meinung und auch Teile der Politik auf den härtesten Arbeitskampf der deutschen Nachkriegsgeschichte reagieren. Die Schuldfrage ist klar: Es sind die streikenden Arbeiter, die angeblich die Geduld der Bevölkerung allmählich strapazieren. Dabei wird völlig vergessen, daß nur in vier Betrieben gestreikt wird, während die Arbeitgeber die Beschäftigten aus 320 Betrieben ausgesperrt haben.

In welchem Land leben wir eigentlich, in dem es so leicht ist, den berechtigten Kampf um den Arbeitsplatz und gegen sozialen Abstieg, den heute die IG Druck und Papier führt, zu diffamieren und gar zu kriminalisieren? Richtig ist: Eine Tonne Stahl ist etwas anderes als eine Zeitung. Beide werden aber nach privatrechtlichen Organisationsformen produziert. Wer also Presse- und Informationsfreiheit gefährdet sieht, muß auch sagen, wie und in welcher Organisationsform künftig Zeitungen gedruckt werden sollen, z.B. in öffentlich-rechtlichen Anstalten oder in Stiftungen. Die Drucker und Setzer ertragen schon jetzt die Benachteiligung durch den Tendenzschutzparagrafen des Betriebsverfassungsgesetzes.

Sie machen von einem Grundrecht Gebrauch, ohne daß es unsere Republik nicht verdienen würde, eine Demokratie genannt zu werden. Wenn ihnen heuchlerisch von Unternehmer-

seite vorgeworfen wird, sie gefährdeten mit ihrem Streik die Informationsfreiheit in unserem Lande: Wo bleibt deren Verantwortung vor dem Bürger, wenn sie bundesweit aussperrt? Die Verleger produzieren die Zeitungen, als wären es Brötchen. Es sind die Verleger, die auf diese Weise leichtfertig mit den Grundrechten umgehen.

Wer in der jetzigen Situation hinüberschielte in die Vereinigten Staaten, wo durch das Taft-Hartley-Gesetz die streikenden Bergarbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgezwungen werden sollen, und sich so etwas auch für unseren Staat wünscht, der spielt mit dem Feuer. Es bestehen nicht nur erhebliche juristische Bedenken gegen das Mittel der Aussperrung. Eine Zwangsverpflichtung nach amerikanischem Muster wäre nach unseren rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vertretbar. Sie käme der Abschaffung der Tarifautonomie gleich.

Die Gewerkschaften tun gut daran, die Bevölkerung so umfassend wie möglich über die Notwendigkeit von Arbeitskampfmaßnahmen zu informieren und um Verständnis für eventuell auftretende Härten zu bitten. Die IG Druck und Papier bestreikt nicht die Leser, sie bestreikt die Verleger. Anders als in der Metallindustrie oder in einem anderen Tarifbereich ist in diesem Tarifkonflikt der Kontrahent gleichzeitig derjenige, der auch bestimmt, was in der Zeitung über diesen Konflikt zu lesen ist. Deshalb dürfen die Gewerkschaften die öffentliche Meinung nicht allein den Funktionären und Scharfmachern aus dem Unternehmerlager überlassen. Streik ist in einer funktionierenden Demokratie etwas Selbstverständliches und nicht, wie uns manche suggerieren wollen, ein unnatürlicher Ausnahmezustand, den es mit allen Mitteln zu beenden gilt.

Unnatürlich ist die Aussperrung. Die Waffengleichheit fehlt, deshalb ist sie nicht zu Unrecht in einigen Staaten bereits verboten worden. Auch darüber muß die öffentliche Debatte beginnen.

(-/17.3.1978/ks/lo)

+ + +